

Nachschub für Kanadas Kiffer

Anderthalb Jahre nach der Legalisierung von Cannabis floriert der Schwarzmarkt weiter. Besuch auf einer illegalen Marihuana-Farm.

VON UTA-CAECILIA NABERT

VANCOUVER Ein ganz gewöhnlicher Abend an Kanadas Westküste. Ein ganz gewöhnlicher Abend auf einer Marihuana-Farm. Nick sitzt vor dem Bildschirm seines Computers, er rutscht immer tiefer auf seinem staubigen Holzstuhl, während neben ihm sein Kumpel Nathan steht, in der Hand eine Bierflasche, die schwarzen Locken wippen. Der Holzboden voller Teppichklebereste unter ihren Füßen zittert, so laut müssen sie gegen die Musik in dem Youtube-Video anschreien. Träge liegen zwei Dobermänner auf einer zerfetzten Sitzgruppe, im Ofen lodert ein Feuer. Es riecht nach Hund und nassem Holz.

Es ist die Zeit im Jahr, in der nicht viel passiert. Das Cannabis ist seit September eingebracht, jetzt liegt es in schwarzen Plastiksäcken in Gefriertruhen – der Ertrag von 5000 Pflanzen, von einer Anbaufläche so groß wie ein Fußballfeld, versteckt auf einem Privatgrundstück, auf dem ein Dorf Platz hätte. Zu einem Großteil hat Nick die Ernte bereits verkauft. Der Nachschub, wenige Wochen alte Pflanzen, wächst bereits in einer alten Scheune heran.

Fragt man den Farmer, ob er eine Lizenz hat für das, was auf seinem Hof geschieht, grinst er. „Sicher“, antwortet er. Allerdings ist sein Betrieb nicht auf der Website der kanadischen Regierung unter den 279 offiziellen Marihuanaabauern und -verarbeitern aufgeführt – dabei müsste Kanadas Premier Justin Trudeau doch eigentlich Nicks bester Freund sein. Immerhin hat dieser die Legalisierung von Marihuana im Land durchgesetzt. Doch Justin Trudeau ist Nicks bester Feind.

„Er hat es verweigert!“ Der ehemalige Ingenieur, der jetzt in Cannabis macht, steht in der Mitte seines lagerhallenartigen Wohnzimmers. An seinem Bein lehnt Sugar, einer der Dobermänner. Nick, eher von ruhiger Natur, kommt in Fahrt, wenn man ihn nach dem Marihuana-Markt fragt, nach seiner Legalisierung. Mit den Handkanten zerschneidet er die Luft, schimpft auf das System. Seine Stimme ist eher weich als hart, doch dabei sehr klar – keinesfalls zu überhören. „Idioten“, schimpft er. „Diese Legalisierung war der korrupteste und schlechteste Witz, den das Land je gesehen hat. Mehr als ein Jahr danach funktioniert nichts, aber auch gar nichts. Ich frage mich, was die sich dabei gedacht haben. Lasst uns das erste Land sein, das Marihuana flächendeckend legalisiert, und es so richtig an die Wand fahren? Auf Lizenzen warten wir vergebens, alles ist kompliziert, teuer, die Wartezei-



Im Winter wachsen die Marihuana-Pflanzen von Farmer Nick in einer Scheune heran.

FOTO: NABERT

ten sind lang, die Kunden kommen nicht an ihr Gras, weil es nicht genug Geschäfte gibt und nicht genug Schwarzmarkt floriert.“

Seit Oktober 2018 sind Anbau, Verkauf sowie Genuss von Cannabis legal, seit Oktober 2019 dürfen auch mit Marihuana versetzte Lebensmittel verkauft werden. Konsumenten erhalten täglich bis zu 30 Gramm. Ginge es nach der Regierung, würden die Kanadier ihr Kraut ausschließlich in lizenzierten Shops beziehen, die es von lizenzierten Anbauern haben. Das Argument der Politiker: Kontrolle, damit nur gute Qualität in Umlauf kommt, jeder täglich nicht zu viel kauft und vor allem niemand unter 18 Jahren. „Es war für unsere Kinder bisher viel zu leicht, an Marihuana heranzukommen“, twitterte Trudeau, als das Gesetz in Kraft trat.

„Das war ganz sicher nicht der Grund der Regierung, es zu legalisieren“, hält Nick dagegen. „Die wollen mitverdienen. Ganz einfach!“ In der Tat erhebt der kanadische Staat pro verkauftes Gramm Marihuana einen Dollar an Steuern. In den ersten fünfmonatigen Monaten nach der Legalisierung lagen die Steuerein-

nahmen aus dem Cannabisverkauf bei umgerechnet knapp 120 Millionen Euro.

„Und nicht nur das!“ Der Farmer zeigt eine Liste mit 25 Namen, die in der Branche kursiert – alles ehemalige Polizeibeamte und Funktionäre aus der Politik, die nun in den Vorständen der großen Marihuana-Konzerne sitzen. „Zufall!“, fragt Nick. Auch dem kanadischen Wirtschaftsjournalisten Mark Rendell sind diese Verbindungen schon aufgefallen. Er schreibt: „Die legale Cannabisindustrie wird vor allem von Bankern, Anwälten, ehemaligen Politikern und ehemaligen Polizisten geleitet. Das ist eine – sagen wir mal – spannende Besetzung.“

Mehrere Milliarden Dollar Gewinn jährlich sehen Experten im Geschäft mit Cannabis. Bisher hat Nick nichts vom Kuchen, ja von dieser grasgrünen Torte, abbekommen. Jedenfalls nicht offiziell. Es hat sich für ihn nichts verändert seit dem 17. Oktober 2018. Nach wie vor vertickt er sein Gras auf dem Schwarzmarkt. Damit gehört er weiterhin zu den Bösen, die es den Kanadiern – auch der Jugend – laut Trudeau viel zu leicht machen, an Gras ranzukommen.

Würde man Nick auf der Straße begegnen, könnte man ihn für den typischen kanadischen Familienvater halten, einen Papa von Kindern im Alter zwischen sechs und zehn Jahren vielleicht. Im Holzfallerhemd kommt er daher, mit einer Baseballkappe auf den Michel-aus-Lönnberga-Haaren, Dreitagebart, schmales Gesicht, meist gut gelaunt. In Wahrheit wohnt er in einem verwitterten Haus, dessen Holzfassade seit vielen Jahren keine Farbe gesehen hat. Seine Familie sind seine Hun-

de, während der Saison bevölkern Erntehelfer das Haus.

Der 45-Jährige hat sich vor rund zehn Jahren seine Hanfplantage selbst aufgebaut, das Grundstück gekauft, Schneisen in den Wald geschlagen, eine Straße angelegt, sein Haus gebaut, sich den Anbau beigebracht („auf einem Dachboden in Amsterdam, gegenüber der Polizeiwache“), ein Verkaufszentrum geknüpft, gelernt, wie man Hühner züchtet („dank denen gibt es Steuervorteile“). Nick scheint davon auszugehen, dass sich jeder Mensch selbst helfen kann. „Wir sind erwachsen, wir können eigenständig denken, dazu brauchen wir die Regierung nicht.“

„Der Staat bestimmt den Preis, und der liegt bei derzeit 280 Dollar pro Unze (28 Gramm) – dazu kommen noch Steuern. Wir verkaufen es für 125 Dollar.“ Das bekommt die Regierung zu spüren: Nach Berechnungen des kanadischen Statistikamts kaufen immer noch sieben von zehn Kanadiern bei Leuten wie Nick, mit anderen Worten: auf dem Schwarzmarkt.

Und wie war das jetzt mit der Lizenz? Hat Nick tatsächlich. Seit 2013 schon, seitdem Patienten in Kanada

eine Genehmigung zum Anbau für den Eigenbedarf erhalten konnten. „Also bin ich hin zum Doktor, drei Monate musste ich auf einen Termin warten. Ist das zu fassen? So viele Leute wollten die Lizenz haben, dass er vorher keine Zeit für mich hatte.“ Als es so weit war, betrat Nick das Behandlungszimmer und sagte: „Doktor ich habe eine ganz schlimme Arthritis.“ „Ist das wahr?“, habe der Doktor gefragt und ihm die Lizenz ausgestellt. 300 Dollar legte ihm sein Patient dafür auf den Behandlungstisch, eine Summe, die er durchaus für gerechtfertigt hält. „Ein kluger Mann, der Doktor. Kein Wunder, dass er jetzt im Ruhestand ist.“

Angst, erwischt zu werden? Hat Nick keine. „Sie können mir gar nichts mit dem Rezept, das mir der Arzt ausgestellt hat.“ Für wie viele Pflanzen? „250.“ Eine Obergrenze, die er großzügig überschreitet. Die Ortspolizei, meint der Farmer, sei aber viel zu beschäftigt, um sich um Leute wie ihn zu kümmern.

Dann muss Nick los, sein Hasch abliefern. „Du siehst, wir Farmer haben niemanden Feierabend, auch am späten Abend nicht.“ Auf der Fahrt im weißen SUV erzählt er, dass er nun den einzigen Dealer treffe, mit dem er noch zusammenarbeite. „Mit den meisten gab es Probleme, die zahlen einfach nicht. Kein Verlass auf niemanden.“ Den Großteil der Ware verkauft er deswegen an Großabnehmer im ganzen Land. „Klar, das kann man problemlos mit der Post verschicken, das machen die Offiziellen ja auch.“

Auf eine offizielle Lizenz wartet der Hanfbauer übrigens auch, damit er eines Tages zu einem legalen Marihuanaabauern werden kann. Bereits vor zweieinhalb Jahren, als die Legalisierung absehbar war, schickte er die nötigen Dokumente an die Behörden. Die Lizenz habe er immer noch nicht erhalten, aber mittlerweile schon 6000 kanadische Dollar Gebühren bezahlt. Nick fragt sich manchmal, wie es die großen kanadischen Marihuana-Produzenten wie Aphria, Canopy Growth, Aurora oder Hexo geschafft haben, ihre Genehmigung noch vor der Legalisierung zu erhalten.

Eines Tages, wenn er die Lizenz in der Tasche hat, könnte Nick die Blüten, die auf seinem Grundstück treiben, auch an zugelassene Läden verkaufen und damit höhere Gewinne erzielen. Bis dahin versucht er, sich zu entspannen, wobei es ihm hilft, von Zeit zu Zeit an einem Joint zu ziehen. „Aber nicht zu oft, höchstens einmal im Monat. Es ist besser, einen klaren Kopf zu bewahren.“

.....
Namen, Personen- sowie Ortsangaben wurden geändert.

INFO

Jeder Kanadier darf vier Hanf-Pflanzen ziehen

Verkauf Seit dem 17. Oktober 2018 ist in Kanada der Besitz von Cannabis unter bestimmten Bedingungen legal. Man darf es offiziell nur bei lizenzierten Händlern beziehen.

Anbau Zugelassen ist auch der Eigenanbau von vier Pflanzen pro Person. Kanada ist nach Uruguay der zweite Staat weltweit, der Cannabis derart legalisiert hat.

Corona digitalisiert Nordkorea

Um die Ansteckungsgefahr zu bannen, sollen möglichst viele Schüler online lernen. Die Software dafür gibt es, die Computer aber nicht immer.

VON FELIX LILL

PJÖNGJANG Bildung gehört zu den wichtigsten Tugenden in Nordkorea. So haben sich die Offiziellen eine Strategie überlegt, wie die Schüler auch in Zeiten von Covid-19 weiterlernen können. Laut der nordkoreanischen Nachrichtenseite „Arirang Meari“ sind seit Mitte April Schulen im ganzen Land auf Online-Unterricht umgestiegen. Schüler ab der Mittelschule setzen demnach auf ein Programm, um damit von Lehrern gestellte Aufgaben in diversen Fächern zu lösen und so ihren eigenen Lernfortschritt zu überprüfen. „Arirang Meari“ berichtet, Lehrer, Schüler und Eltern seien begeistert.

Die Software wurde nicht erst für den Umgang mit Covid-19 entwickelt, sondern ist ein Programm, mit dem sich Schüler eigentlich Schritt für Schritt auf das Universitätsstudium vorbereiten. Angelegt ist es insbesondere für koreanische Linguistik, Englisch, Geschichte, Geografie, Mathematik, Physik und Chemie.

Es umfasst den Lehrstoff bis zum zwölften Schuljahr, nach dem für die besten Schüler, sofern sie keinen Militärdienst leisten müssen, die Universitätslaufbahn beginnt.

Um die App zu nutzen, braucht man auch nicht unbedingt einen Computer. Ein Smartphone mit den entsprechenden Funktionen genügt. Und erst Anfang April wurde im Land eine neue Version der nationalen Smartphone-Reihe „Pjôngjang“ vorgestellt, das Pjôngjang 2428. Es soll unter anderem Gesichtserkennung zulassen und drahtloses Laden ermöglichen. Und man kann die Bildungs-App nutzen, die nun so nützlich sein soll.

Was modern klingt, wirft zugleich eine Frage auf: Hat wirklich jeder Schüler Zugang zu dieser Software? Eine 2018 veröffentlichte Umfrage des koreanischen Statistikamts, die maßgeblich auf Fragebögen von Unicef basiert, deutet nicht darauf hin. Zum Zeitpunkt der Erhebung hatten demnach nur 18 Prozent der nordkoreanischen Haushalte einen

Computer. Wegen der Knappheit hochtechnologischer Güter sind selbst gebrauchte Notebooks teuer. Aus China importierte Laptops werden für umgerechnet mehrere Hundert Euro gehandelt.

Auch der Zugang zu Smartphones ist stark begrenzt. Laut der Umfrage besaßen 48 Prozent der Frauen und

56 Prozent der Männer zwischen 15 und 49 Jahren ein Mobiltelefon, wobei nicht klar ist, auf welchem technologischen Stand die Handys waren. Immerhin 86 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe hatten in den vorausgegangenen drei Monaten ein Handy benutzt. Nur lässt sich kaum regelmäßig etwas erlernen,

wenn man zu seinen Werkzeugen nur gelegentlich Zugang hat.

„Es ist höchst unsicher, ob das Onlineprogramm wirklich alle Schüler erreicht“, sagte Chung Eunchan, Professorin und Expertin für Nordkorea am staatlichen Bildungsinstitut für Wiedervereinigung in Südkorea. Zur Frage der Hardware

kommt die der Verbindung: Statt eines offenen Internets bietet Nordkorea seinen Bürgern ein Intranet, über das nur bestimmte Inhalte abrufbar sind. „Aber dafür muss man bestimmte Orte aufsuchen. In privaten Haushalten gibt es weitere Restriktionen“, so Chung. „Für Schüler ist es also sehr schwierig, frei nach Informationen zu suchen oder am Online-Unterricht teilzunehmen.“

Trotzdem bedeutet der Versuch, den Unterricht in den virtuellen Raum zu verlagern, für Nordkorea einen Schritt in Richtung Zukunft. Das Staatsorgan „Rodong Sinmun“ erkannte Anfang April an, dass es Schwierigkeiten gebe, die technologischen Unterschiede zwischen den städtischen und ländlichen Regionen des Landes zu überbrücken. Durch den Ausbau von Online-Kursen soll dies Stück für Stück gelingen. Dabei ist digitales Lernen weniger ein Problem der Software als der Infrastruktur – von zuverlässiger Stromversorgung bis zu Netzanschlüssen im ganzen Land.

Nordkoreanische Studenten tragen im Unterricht Gesichtsmasken. Für viele Schüler gibt es dagegen verstärkt Online-Unterricht.

FOTO: AP

